

Mehr Lehrverträge abgeschlossen

Berufsbildung Auch in Krisenzeiten funktioniert der Lehrstellenmarkt im Kanton Luzern. Die Suche nach Lehrstellen sei aufgrund der Pandemie zwar diesen Sommer etwas schwieriger gewesen, aber es wurden sogar mehr Lehrverträge abgeschlossen als im Vorjahr, wie Christof Spöring, Leiter der kantonalen Dienststelle Berufs- und Weiterbildung, auf Anfrage sagt. Im normalen Bereich liegt auch die Quote der Probezeit, welche vom Lehrbetrieb verlängert worden ist. Dieses Jahr ist die dreimonatige Probezeit in 3,9 Prozent aller frisch abgeschlossenen Lehrverträge verlängert worden. Das liegt laut Spöring in der Bandbreite der letzten fünf Jahre.

Meistens werde die Probezeit um einen bis drei Monate verlängert. Das könne zum Beispiel dann der Fall sein, wenn die Jugendlichen zu wenig motiviert seien. «Dann tut ein Schuss vor den Bug gut.» Oder man sei sich unsicher, ob der Lehrling oder die Lehrtochter die richtigen Fähigkeiten mitbringe. So oder so ist laut Spöring die Verlängerung der Probezeit ein hilfreiches Instrument. Eines, das über alle Branchen hinweg eingesetzt werde. Auch die Auflösung des Lehrvertrags als letztes Mittel sei kein Weltuntergang – «vorausgesetzt, das geschieht noch im ersten Lehrjahr». (avd)

Winterdienst bitte nicht überholen

Verkehr Bis im April sind die Winterdienstfahrzeuge wieder auf den Kantons- und Nationalstrassen unterwegs. In diesem Zusammenhang appelliert das kantonale Amt für Verkehr und Infrastruktur (vif) an die gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmenden. Das vif macht ein Beispiel: «Um die Nationalstrassen schwarz zu räumen, müssen die Winterdienst-Chauffeure mit ihren Schneeräumungsfahrzeugen in geschlossener Formation und verlangsamen Tempo fahren, damit der Schnee über die ganze Fahrbahn transportiert wird.» Dabei sei es wichtig, dass die Winterdienstfahrzeuge nicht überholt werden, da die Unfallgefahr sonst erhöht werde. (lf)

Verletzte nach Unfall mit Quad

Finsterwald Im Entlebucher Ortsteil Finsterwald sind am Samstagabend gegen 22.45 Uhr zwei Männer bei einem Selbstunfall verletzt worden. Die beiden waren im Gebiet Under Risch mit einem Quad unterwegs, wie die Luzerner Polizei gestern mitteilte. Die Einsatzkräfte konnten die Männer im unwegsamen Gelände bergen, ein Rettungshelikopter hat sie ins Spital geflogen. Der Unfallhergang und die Ursache sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Der Sachschaden dürfte gering sein. (jon)

SP denkt über Standesinitiative nach

Die Partei fordert mehr Hilfe für Afghanistan. Der Kanton soll beim Bund Druck machen – handeln will Luzern nicht.

Livia Fischer

Das Medienecho ist kleiner geworden, die Situation ist aber noch immer prekär. Die Rede ist von der humanitären Lage in Afghanistan nach der erneuten Machtübernahme der Taliban Mitte August. Ein Thema, das auch die hiesige Politik beschäftigt. Vor zweieinhalb Monaten reichte die Vize-Fraktionspräsidentin der Luzerner SP, Anja Meier, eine entsprechende Anfrage ein. Nachdem die dringliche Behandlung im Kantonsrat abgelehnt wurde, liegt nun liegt die Antwort der Luzerner Exekutive vor.

Zwar fällt das Asylwesen in die Zuständigkeit des Bundes, doch die SP will, dass die Kantone Druck machen. So fragte Meier den Regierungsrat etwa nach seiner Bereitschaft, sich für eine Umwandlung des Aufenthaltstitels von vorläufig Aufgenommenen in eine Aufenthaltsbewilligung einzusetzen, wenn sie fünf Jahre im Kanton leben und die Voraussetzungen erfüllen. Oder nach seinem Willen, sich für eine erleichterte Erteilung von humanitären Visa für Familienangehörige von Afghaninnen und Afghanen mit Asyl oder vorläufiger Aufnahme stark zu machen. Die Antworten fallen wenig überraschend aus: Der Regierungsrat weist die Verantwortlichkeit mehrfach von sich.

Auch finanzielle Hilfe ist Verantwortung des Bundes

Keinen Handlungsbedarf sieht die Regierung bei einer raschen Behandlung von Asylanträgen – diese sei zu einem Grossteil bereits jetzt «sehr schnell». Eine Erhöhung der Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen will sie ebenfalls nicht anstossen. So habe der Bundesrat für die nächsten zwei Jahre erneut die Aufnahme von bis zu 1600 betroffenen Personen beschlossen. In diesem Rahmen würden auch vulnerable afghanische Flüchtlinge berücksichtigt.

Auch finanziell ist die humanitäre Hilfe auf Bundesebene



Afghanische Flüchtlinge haben in Bosnien ein Lager errichtet. Sie hoffen, es nach Westeuropa zu schaffen.

Bild: AP (12. Oktober 2021)

geregelt. Der Staat unterstützt die notleidende Bevölkerung Afghanistans in diesem und im kommenden Jahr mit rund 60 Millionen Franken. Ein direkter Beitrag seitens der Luzerner Regierung scheint nicht geplant zu sein. Allfällig eingehende Gesuche um Beiträge werde man «im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten» aber prüfen.

Von den Antworten hätten sich die Luzerner Sozialdemokraten mehr erhofft, denn ihr Ziel sind «sichere und legale Fluchtwege für gefährdete Personen». Darum erwarten sie von der Regierung, dass sie «alle ihre Möglichkeiten ausschöpft und entschlossen die humanitäre Tradition der Schweiz und des Kantons Luzern im Fall Afghanistan auch tatsächlich lebt», so Anja Meier. Konkret heisse dies, dass sich die Luzerner Regierung, wie andere Kantone und Städte auch, «mit Nachdruck beim Bund für zentrale und

dringend notwendige Verbesserungen in der Schweizer Asylpolitik» einsetze.

Wie schon in ihrer Anfrage angetönt, führt die Willisauerin nun Massnahmen im Sinne der

SP aus: So denke man etwa an die Anpassung der «aktuell beinahe unmöglich zu erfüllenden» Anforderungen für die Erteilung humanitärer Visen, an beschleunigte Familienzusam-

menführungen und insbesondere an eine «nachhaltige und ambitionierte» Erhöhung der Anzahl Resettlement-Flüchtlinge. Denn die Situation in Afghanistan sei nach wie vor «chaotisch und dramatisch». Zur ohnehin angespannten Sicherheitslage und der Gefahr durch terroristische Gruppierungen kämen nun eine Hungersnot und drohende Massenarmut hinzu. «Längeres Zuwartan und Verstecken hinter schwer erfüllbaren bürokratischen Anforderungen ist darum keine Option.»

Ob der Vorstoss nächstes Jahr im Kantonsparlament diskutiert wird, ist offen. Klar hingegen ist, dass die Anliegen einen schweren Stand haben dürften. Doch die Luzerner SP hat schon weitere Pläne. Meier kündigt an: «Je nach Entwicklung der Lage behalten wir uns weitere parlamentarische Vorstösse vor, insbesondere entsprechende Standesinitiativen.»

Afghanische Flüchtlinge bereits aufgenommen

Derzeit leben laut Regierungsrat 1155 Personen aus Afghanistan im Kanton Luzern. Davon sind 37 in Besitz einer Niederlassungsbewilligung (davon 20 anerkannte Flüchtlinge), 341 besitzen eine Aufenthaltsbewilligung (davon 102 anerkannte Flüchtlinge), 66 haben den Status Asylsuchende und 711 sind vorläufig Aufgenommene (davon drei vorläufig aufgenommene Flüchtlinge). Zudem sind neun als abgewiesene Asylsuchende in der Nothilfe.

Im Rahmen des sogenannten Resettlement-Kontingents

im September nahm der Kanton Luzern als Reaktion auf die prekäre Lage zwei Familien mit Kindern auf (wir berichteten). Als Resettlement wird die dauerhafte Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge bezeichnet. Im Gegensatz zu anderen Geflüchteten durchlaufen diese kein reguläres Asylverfahren, sondern nur den Prozess zur Identifikationsprüfung. Insgesamt sind 219 Personen im Zusammenhang mit der Evakuierungsmission aus Afghanistan in die Schweiz eingereist. (lf)

Freiamt

Trotz Corona zwei neue Bus-Angebote

Die Freiämter ÖV-Kommission ist zufrieden mit dem Fahrplanwechsel. Einen Wermutstropfen gibt's dennoch.

Wer vom 1,1-Milliarden-Loch bei den Einnahmen im nationalen Schienenverkehr liest oder mit Vertretern des Kantons spricht, muss froh sein, ein aktuelles Angebot im ÖV weiterführen zu können. Es müsse «gerettet werden, was zu retten ist», waren und sind die eindeutigen Worte seitens der Fachleute gegenüber der Freiämter Kommission Öffentlicher Verkehr. Dabei konnte diese mit dem «Südbahn-Express» erst noch vor Jahresfrist mit dem Kanton einen für die Zukunft bedeutenden Angebotsausbau feiern.

Auf den Fahrplanwechsel vom 12. Dezember hin stellte die Kommission 13 Begehren an den Kanton. Während jene, die den Bahnverkehr betreffen, auch aufgrund der aktuellen Situation nicht realisiert werden können, «darf sich das Freiamt im Busbereich doch auf die baldige Umsetzung zweier wichtiger Anliegen freuen», schreibt Kommissionspräsident Reto Widmer. So wird in zwei Wochen ein neuer Bus-Frühkurs von Abtwil via Auw und Sinsdorf den Anschluss an die S26 herstellen, sodass ab diesen Or-

ten Zürich vor 7 Uhr erreicht werden kann. Die Gemeinden Hägglingen und Dottikon erhalten eine spätere Abfahrt der Busse ab Bahnhof Dottikon zu den Stosszeiten am Abend. Damit können die Anschlüsse der S25 aus Brugg noch abgenommen werden.

Kommission enttäuscht über Absagen der SBB

«Durch die Corona-Bremse nicht verlangsamten lässt sich die Kommission in ihren alten, bis heute wiederkehrend gestellten Begehren», schreibt Widmer

weiter. So setzt sie sich für eine Führung beider S26-Züge bis Aarau (-Langenthal) ein, was vom Kanton verfolgt wird, aber erst nach einem Stellwerksausbau in Othmarsingen realisiert werden kann. Ebenfalls Priorität hat die Eliminierung der Stillstandszeit der südwärts fahrenden Regionalzüge in Lenzburg. Mit Unterstützung des Kantons soll auch der Erhalt der S42 Freiamt-Zürich nie aus den Augen verloren gehen.

Enttäuscht ist die Kommission über die wiederholte Absage der SBB gegenüber den Hal-

ten der Interregio-Züge Basel-Locarno in Rotkreuz.

Zudem sieht die Bahn keinen Bedarf für Warnungen vor durchfahrenden Zügen an den Bahnhöfen Wohlen und Muri. Obschon der Kanton all diese Begehren mit unterstützt, wird die S25 auch weiterhin nicht in Boswil-Bünzen und die S26 nicht in Benzenschwil und Mühlau halten. Immerhin darf auf eine mittelfristige Einführung eines Abendzuges Zug-Freiamt gehofft werden, für den momentan das Rollmaterial noch fehlt. (az)